

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Bestellung 1,80 RM. zuzüglich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen und Verlagsänderungen nehmen an Geschäftsstelle, nehmen an gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck zu unterbrechen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnenpreis: die 8spaltige Raumzeile 20 Hsp., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3spaltige Reklamazeile im letzten Teil 1 RM. Nachmittagsgebühr 20 Reichspfennige. Tages- und Wochenblätter werden nach Möglichkeit am nächsten Morgen geliefert. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Für die Redaktion ist kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 285 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Druckerei

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 6. Dezember 1932

## Hinter den Kulissen.

Aber einen Mangel an Besprechungen der in Genf anwesenden Staatsmänner werden sich die Zuschauer der verschiedenen, dort tagenden oder vorbereiteten Konferenzen kaum verlagern können. Da aber „Schweigen im Walde“ der hohen Diplomatie herrscht, sprechen Gerüchte und Vermutungen um so lauter. Hinter den Kulissen von Genf scheint es aber wirklich recht munter zuzugehen! Denn Äußerungen und Mitteilungen, die so etwas wie eine Art halbamtlichen Charakter tragen, haben schon seit einiger Zeit ein steigendes Durch- und Gegeneinander offenbart.

Die Dinge gehen entschieden im Krebsgang, und der Völkerbund, dessen außerordentliche Volltagung für den 6. Dezember anberaumt worden ist, steht im Begriff, eine entscheidende Schlacht zu verlieren. Und zwar in der Frage des Mandchurien-Konflikts.

Ob man in Genf jetzt dazu kommen wird, die Staubwedel eifrig zu handhaben, — ob man es überhaupt tun will, besitzt kaum noch einige Wahrscheinlichkeit. Aber es ist nun auch recht unwahrscheinlich, daß es darüber in Genf nun einen großen Kraach geben wird, etwa zu demonstrativem Austritt Japans oder Chinas aus dem Völkerbund, je nachdem, ob nun die Entscheidung gegen eines dieser beiden Länder fällt. So „geradezu“ ist man auf diesem Tummelplatz der Diplomatie nicht! Wozu gibt es denn Sonderausschüsse, die ihrerseits wieder Unterausschüsse einsehen können!

Der Bericht selbst enthält ja Empfehlungen, die mit einigem Geschick für eine „weitere Behandlung dieser Angelegenheit“ bildlich ausgenutzt werden dürften. Vielleicht fällt dabei noch eine zweite Reise nach Japan oder China für irgendeinen neuen Ausschuss des Völkerbundes an. Denn nirgends in der Welt ist die diplomatische Funktion des Verzögerens, Verlangens, hinauszuschleppens irgendeiner wirklichen Entscheidung so glänzend ausgebildet worden wie in Genf. Wir Deutsche könnten ja eine ganze Masse von Redensarten darüber singen.

Denn macht- und wirtschaftspolitisch am meisten interessiert an der ganzen Mandchurien-Geschichte ist doch Amerika, und auf dieses Land — das ist ja heute das eigentliche Thema für die Verhandlungen der Staatsmänner hinter den Kulissen von Genf, auch wenn dies bestig bestritten wird — sind Frankreich und England sehr schlecht zu sprechen, weil Washington auf der Schuldenzahlung für den 15. Dezember besteht. Schon aus diesem Grunde hat man weder in Paris noch in London große Lust, den Amerikanern die mandchurischen Kasernen aus dem Feuer zu holen. Ganz im Gegenteil, — man las und hörte schon allerhand Liebesbeteuerungen an die Adresse des japanischen „Bundesgenossen von einst“. Das würde einigermaßen dazu passen, daß man in Genf davon spricht, Herriot wolle so etwas wie eine europäische Schuldnerfront gegen Amerika herstellen und bearbeiten seinen englischen Kollegen Macdonald in diesem Sinne. Auch die Genfer Vertretungen Polens und der Tschechoslowakei dürften nach derselben Richtung drängen, die zum Ziel hat, daß sämtliche Schuldnerstaaten die Amerikaner am 15. Dezember vor die Tatsache des Zahlungszurückes stellen wollen. Schon die englische und die französische Note zeigen auffallende Übereinstimmungen. Für Herriot ist übrigens die Lage noch deswegen besonders heikel, weil einst, beim Abschluß des Schuldenabkommens mit Amerika, die französische Kammer den Vorbehalt dabei machte, daß diese Schuldentilgungen an die Amerikaner nur aus den einlaufenden deutschen Reparationsraten bezahlt werden dürfen. Aber auch der Hinweis hierauf und auf die Gefahren, die aus diesem Verhalten der Amerikaner für die Lausanner Beschlüsse entstehen müßten, hat die Ablehnung des französischen Schuldnerforschens durch Hoover nicht verhindert. Also deswegen sollte man sich da in Paris für die Wahrung der amerikanischen Interessen in der Mandchurien „ein Wein austreichen“! Und gar für die Wahrnehmung des Völkerechts...! Dafür besteht und bestand an der Genfer Diplomatenbörse seit Beginn „keine Meinung“. Das wird sich auch wohl, wie so oft, jetzt wieder bei der Behandlung der auf der Tagesordnung der Völkerbundversammlung stehenden Danziger Fragen zeigen.

Am deutlichsten sichtbar ist der Krebsgang bei der Abrüstungsfrage geworden. Hier kann man ganz offen von einer schweren Krise sprechen, und zwar für die ganze Konferenz. Und dementsprechend auch für die deutsche Gleichberechtigungsforderung, die Rüstungsmächte-Konferenz usw. Hier drängen die Amerikaner auf eine Klärung; es soll eine Konvention über die bisherigen Ergebnisse der Konferenz zustande gebracht werden. Und dann sollte sie für alle Völker bindend sein. Um diesen Punkt geht zur Zeit das Gefecht in Genf, weil damit für die Konferenz selbst die Gefahr heraufsteigt, entweder mit einem offenen und vollen Mißerfolg auseinanderzuliegen oder auf unbestimmte Zeit — verlagert zu werden. In beiden Fällen aber hätten die Amerikaner den Weg frei für die Schuldenverhandlungen, für die sie aber eine klare, übersichtbare Lage der ganzen „Abrüstungsfrage“ brauchen.

Es geht also auf der Genfer Diplomatenbörse recht durcheinander zu!

## Zusammentritt des Reichstags

### Die erste Reichstagsitzung.

Verhandlungen Schleicher-Göring.

Der am 6. November neugewählte Reichstag tritt am Dienstagvormittag um 3 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Reichskanzler von Schleicher hat sich mit dem bisherigen Reichspräsidenten Göring in Verbindung gesetzt, um einen störungslosen Verlauf der ersten Reichstagsitzung sicherzustellen. Ob die Wahl des neuen Reichspräsidenten, an dessen Spitze wieder Abg. Göring stehen dürfte, bereits in der ersten Sitzung erfolgen wird, steht noch nicht fest. Ebenso unsicher ist noch der Termin, an dem Reichskanzler von Schleicher die Regierungserklärung abgeben wird. Es ist möglich, daß das noch in dieser Woche geschieht, ebenso möglich aber auch, daß der Reichstag erst in der nächsten Woche zur Entgegennahme der Regierungserklärung zusammentritt, andere wollen sogar wissen, daß das Programm der Schleicher-Regierung sogar erst im Januar der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden soll.

Die verschiedenen Fraktionen des Reichstages tagten bereits am Montag und Dienstag, um zu der wichtigen Frage der Vertagung des Reichstages Stellung zu nehmen.

Hilfer ist bereits wieder in Berlin eingetroffen, um die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten für sich zu verpflichten.

Die Regierung soll entschlossen sein, für den Fall, daß der Reichstag nicht auf eine Vertagung eingeht und ihr ein Mißtrauensvotum erteilt, über eine der entscheidenden Notverordnungen des Reichspräsidenten aufsteht, den Reichstag erneut aufzulösen. In Regierungskreisen scheint man allerdings damit zu rechnen, daß der Reichstag, wenn auch nicht auf längere Zeit, so doch bis Anfang Januar sich verlagern wird.

Vor der Eröffnung des Reichstages fand nach hergebrachter Sitte im Berliner Dom ein Gottesdienst für die Mitglieder der Reichsregierung, des Reichstages und des Reichsrats statt. Die Predigt hielt der Geistliche, Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Oberdomprediger Burghart. Auch Reichspräsident Hindenburg hatte sein Erscheinen zugesagt. Für die katholischen Abgeordneten fand ein Gottesdienst in der Hedwigskirche statt.

### Empfang von Syrup und Papan.

Reichspräsident von Hindenburg hat am Montagvormittag den neuen Reichsarbeitsminister Dr. Syrup vereidigt. Da sämtliche übrigen Minister bereits Mitglieder des vorigen Kabinetts waren, ist für sie eine neuerliche Vereidigung nicht erforderlich. Außerdem empfing der Reichspräsident am Montag den Reichskanzler von Papan zur Vereidigung. Der Reichspräsident überreichte bei dieser Gelegenheit als äußeres Zeichen seines Dankes und seiner Anerkennung dem scheidenden Reichskanzler sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

### Beratung des Regierungsprogramms.

Reichskanzler von Schleicher hatte für Montag eine Chefbesprechung angesetzt, in der das künftige Regierungsprogramm beraten wurde. In diesem Programm sollen auch die Widerstände beseitigt werden, die im Kabinett Papan durch die Führung des Wirtschaftsministeriums und des Ernährungsministeriums hervorgerufen worden sind. Reichswirtschaftsminister Warnebold und Reichsernährungsminister von Braun, die unterdessen auch vom Reichspräsidenten in ihren Ämtern wieder befristet worden sind, sollen sich nach längerer Verhandlung dahin einig geworden sein, daß man den für notwendig erachteten Schutz für die Landwirtschaft weniger auf dem Wege der Kontingente als vielmehr auf handels- und zollpolitischem Wege erreichen will. Die Handelsverträge mit Holland, Schweden und Südslawien laufen der Reihe nach am 1. Januar, 15. Februar und 1. März ab. Man überlegt, wie man die sogenannte Voreinfuhr, die vor einer Handelsvertragsänderung eintreten pflegt, gesetzlich erfassen kann. Mitte der Woche beginnen die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich. Eine englische Kommission ist am Montag in Berlin eingetroffen, mit der über die Einfuhr englischer Kohlen und die deutsche Einfuhr nach England verhandelt werden wird.

### Geretes Arbeitsbereich.

Der neue Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerete, tritt Anfang dieser Woche sein Amt an. Er wird voraussichtlich dem Reichskanzler unmittelbar unterstellt sein. In einer der nächsten Sitzungen des Reichskabinetts dürfte entschieden werden, ob auch das Reichskommissariat für die Siedlung Dr. Gerete übertragen werden soll. Bekanntlich gehören bis jetzt die Fragen der Osthilfe und der Siedlung zum Arbeitsbereich des Reichsernährungsministeriums. Es darf als sicher angenommen werden, daß die Osthilfefragen auch künftighin vom Reichsernährungsministerium behandelt werden.

Wem nach der Ernennung Syrup zum Reichsarbeitsminister das Kommissariat für den Freiwilligen Arbeitsdienst unterstellt werden wird, ist zur Zeit noch ungeklärt. Nicht ausgeschlossen ist, daß Syrup diesen Aufgabenteil beibehält.

### Nationalsozialisten und Freiwilliger Arbeitsdienst

Der Beauftragte der NSDAP für Arbeitsdienst, Oberst a. D. Hielt, beschäftigte sich im Völkischen Beobachter mit der bisherigen Regelung des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Das bisherige System habe völlig versagt, und jetzt werde der Freiwillige Arbeitsdienst sogar noch abgebaut. Dies bedeute die Bankrotterklärung des bisherigen Systems. Es bestehe die Gefahr, daß der Arbeitsdienstgedanke überhaupt im Volke in Mißkredit komme. Die Neugestaltung sei von Grund auf notwendig.

### Deutschnationale und das Kabinett Schleicher.

In einem „Übergang oder Endlösung?“ überschriebenen Artikel nimmt der Presschef der DNVP, Prof. Dr. in den parteiamtlichen Mitteilungen zum Kabinett Schleicher u. a. wie folgt: Ist das Kabinett Schleicher, das sich aus fast den gleichen Persönlichkeiten — mit den gleichen Gegenständen — zusammensetzt, wie das frühere Kabinett, stark genug, um eine Endlösung darzustellen? Wenn nicht, wird es den Übergang bilden auf dem Rückwege rückwärts zum Parlamentarismus oder auf dem Wege zu Hitler oder auf dem Wege zu einer Staatsführung, die das vollendet, was die Regierung Papan nicht durchzuführen vermochte? Von dem Weg, den das neue Kabinett geht, wird es abhängen, wie sich die DNVP zu ihm stellt. Die drei sachlichen Forderungen der Deutschnationalen sind:

Der Weg vom Parlamentarismus von Weimar zum autoritären Staat muß eingeschlossen weitergegangen werden. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen darf nicht wiederverkommen, auch nicht auf dem Wege einer Einigung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen. Der Neubau der Wirtschaft muß nach neubeitlichem Plan und unter Ausschaltung aller sozialistischen Experimente durchgeführt werden.

### Schärfste Kampfanzeige der SPD.

Mißtrauensantrag gegen das Kabinett von Schleicher. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat einen Aufruf an die Parteimitglieder erlassen, in dem gesagt wird, daß an die Stelle des Kabinetts von Papan ein Kabinett von Schleicher getreten sei, welches nahezu ausschließlich aus Mitgliedern der alten Regierung bestehe. Auch ihm werde die Sozialdemokratie „nicht anders gegenüberstehen als in der allerstärksten Opposition.“ Sie erblicke in ihm „nicht nur die Fortsetzung des bisherigen Kurzes, sondern auch die einseitige Vertretung jenes kapitalistischen Wirtschaftssystems, dessen Verfall mit jedem Tage offenkundiger geworden“ sei. Der Kampf ziele nicht nur der Wiedereroberung verlorener Positionen, der Sicherung gefährdeter Volks- und Arbeiterrechte, er gelte auch der Herstellung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung beschlossen, sofort einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Schleicher bei der Eröffnung des Reichstages einzubringen.

### Die Reichstagsfraktionen tagten.

Die neugewählte deutschnationale Reichstagsfraktion trat unter Vorsitz von Dr. Oberjohren zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Parteiführer, Dr. Hugenberg, erstattete ein eingehendes Referat über die gegenwärtige politische Lage und die Ereignisse der letzten Krisenwochen, das von der Fraktion mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Die Fraktion legte ihre Stellungnahme für die ersten Sitzungen des Reichstages fest.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich in ihrer Sitzung insbesondere mit der Vorbereitung eines Initiativentwurfs, der sofort im Reichstag eingebracht werden soll und der die sozialpolitischen Bestimmungen der letzten Notverordnung des Kabinetts Papan wieder aufheben will. Die Zentrumsfraktion sprach sich weiter für eine Vertagung des Reichstages aus, da dem neuen Kabinett Gelegenheit gegeben werden müsse, seine Maßnahmen vorzubereiten.

Die Reichstagsgruppen der Deutschen Volkspartei und des Christlichsozialen Volksdienstes, dem sich bereits der eine Deutsch-Hannoveraner angeschlossen hatte, haben sich zu einer „Fraktion der technischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Die politische Selbständigkeit der beiden Gruppen bleibt durch die Bildung dieser technischen Fraktion völlig unberührt. Die neue siebente Fraktion